

Postulat Fraktion GB/JA! (Urs Frieden/Karin Gasser, GB): Eine Solar-Offensive für Bern!

Das Potenzial für Photovoltaik-Anlagen (Erzeugung von Strom) und Sonnenkollektoren (Erzeugung von Warmwasser, zum Beispiel für Duschen oder Heizen) ist riesig – auch in Bern. Aber die vielen Dachflächen und Gebäudehüllen werden leider noch viel zu wenig genutzt – trotz Förderbeiträgen des ewb-Ökofonds an private Anlagen und trotz Anstrengungen der BKW, die auf dem Dach des Stade de Suisse Wankdorf eine vorbildliche Grossanlage betreibt.

Als Hemmnisse erweisen sich unter anderem: mangelnde Information, zu wenig Anreize für Private und Firmen, die bisherige Praxis der Denkmalpflege und Konflikte zwischen Mieterinnen/Mieter und Vermieterinnen/Vermieter, wenn es um die Kosten einer solchen Anlage geht. Dabei wäre die Nutzung solcher erneuerbaren Ressourcen eminent wichtig (Verringerung CO₂, weniger Öl- und Atomstromabhängigkeit). Wir sind überzeugt, dass sich in Bern relativ kostengünstig einiges im Bereich Solaranlagen bewegen liesse. Die „Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften“ (SATW) geht nach neuester Schätzung davon aus, dass sich allein die Zahl der Sonnenkollektoren in der Schweiz bis ins Jahr 2070 verzehnfachen wird, was eine Halbierung der Gestehungskosten bedeuten würde (von 25,2 Rp/kWh auf 11,4).

Um das Solar-Potenzial in Bern besser zu nutzen, wird der Gemeinderat gebeten, ein Umsetzungs-Konzept für eine Solar-Offensive in Bern (Solarstrom, solare Wärme und auch solare Kühlung) auszuarbeiten. Dieses Konzept

1. erhebt den Ist-Zustand in der Stadt Bern (bestehende Anlagen), allenfalls im Vergleich mit anderen Städten,
2. zeigt die verschiedenen Möglichkeiten auf, wie die Bereitschaft der Einwohnerinnen und Einwohner geweckt und der Informationsgrad, namentlich der Hausbesitzenden, erhöht werden kann,
3. benennt die bisherigen Hemmnisse und die Strategien zu deren Bewältigung,
4. prüft die Möglichkeit städtischer Einsatz- und Umschulungsprogramme (zum Beispiel mit Jugendlichen oder mit Langzeitarbeitslosen und Ausgesteuerten),
5. nennt mögliche Partner zur Zusammenarbeit (Institutionen wie Stabe, ewb, ewb-Ökofonds, BKW, Kompetenzzentrum Arbeit, Fachverein Arbeit und Umwelt) oder zum Knowhow-Austausch (JugendSolarProjekt Zürich, Solarspar Liestal, Stiftung Cudrefin 02 etc.),
6. zeigt das Potenzial sowie verschiedene Kosten- und Sponsoringmodelle einer Solar-Offensive auf,
7. setzt Ziele unter der Angabe, wie viel Solarstrom, -wärme und -kühlung in Bern realistisch sind, z.B. bis zum Jahr 2010, 2015 und 2020 und berechnet die jeweilige CO₂-Einsparung. Als minimale Zielvorgabe soll dabei die im letzten Jahr verabschiedete städtische Energiestrategie und das von der Schweiz unterschriebene Klimaschutzprotokoll „Kyoto“ dienen.
8. enthält einen Vorschlag, wie die Stadt mit ihren Gebäuden bzw. Dächern eine Vorreiterrolle übernehmen kann und welches Potenzial städtische Gebäude haben.

Bern, 18. Januar 2007

Postulat Fraktion GB/JA! (Urs Frieden/Karin Gasser, GB), Christine Michel, Franziska Schnyder, Christina Anliker-Mansour, Anne Wegmüller, Simon Röthlisberger, Myriam Duc, Hasim Sancar, Daniele Jenni

Antwort des Gemeinderats

Die Stadt Bern verfolgt eine langfristige Energiepolitik und hat ihre Energiestrategie in den energiepolitischen Leitlinien 2006-2015 festgehalten. Die Energieversorgung der Stadt Bern ist zu 84 % von nicht erneuerbaren Energiequellen abhängig. Die dadurch verursachte direkte wie indirekte Umweltbelastung muss durch die markante Senkung des Anteils nichterneuerbarer Energie reduziert werden. So muss unter anderem der Ausstieg aus der Atomenergie langfristig ermöglicht werden.

Dafür sind marktwirtschaftliche, nachfrageorientierte Anreizsysteme zu schaffen, die auf Nachhaltigkeit basieren und damit Wirtschaft, Ökologie und Sozialverträglichkeit in Einklang bringen.

Die städtische Energiepolitik basiert auf den Energiegesetzgebungen und Strategien des Bundes und des Kantons Bern, auf Artikel 8 Absatz 3 der Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) sowie den Eigentümerinnenstrategien der Stadt Bern. Die Energiestrategie bezweckt,

- eine ausreichende, wirtschaftliche und umweltschonende Energieversorgung zu fördern,
- die einseitige Abhängigkeit von einzelnen Energieträgern zu vermeiden oder zu vermindern,
- den Ausstieg aus der Atomenergie zu ermöglichen,
- die rationelle Energienutzung zu fördern,
- die Erreichung des Labels Energiestadt Gold,
- die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern.

Die Energiestrategie setzt auch quantitative Zielvorgaben. So müssen die jährliche Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Quellen (ohne Wasserkraft) um 5 GWh und die jährliche Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen um 10 GWh zunehmen.

Der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen und Sonnenkollektoren ist ein wichtiger Schritt, welcher mithilft, die Zielsetzungen der Energiestrategie zu erreichen. Zurzeit gibt es, wie im Postulat richtig erwähnt, tatsächlich noch gewisse Hemmnisse, welche den Ausbau der Solarenergie verzögern. Trotzdem wurden verschiedene Anlagen bereits realisiert. Der Ökofonds hat in den letzten Jahren Förderbeiträge für total 8 Photovoltaikanlagen gesprochen. Für solare Wärmeerzeugung wurden Fördergelder für insgesamt 35 Anlagen gesprochen. Das vom eidgenössischen Parlament verabschiedete Stromversorgungsgesetz und die damit verbundene Änderung des Energiegesetzes verlangt eine kostendeckende Einspeisevergütung für neue erneuerbare Energien. Das gibt auch einen Anreiz für die intensiviertere Installation von Photovoltaikanlagen in der Stadt Bern. Der Gemeinderat ist aber der Ansicht, dass dies allein nicht reicht. Die Fragen, welche im Postulat GB/JA! gestellt werden, sind eine wichtige Grundlage für die zu treffenden Massnahmen, damit die Solarenergie in der Stadt Bern weiterhin expandiert werden kann.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Es ergeben sich keine zusätzlichen Auswirkungen auf die Finanzen, welche nicht im Budget der Energiefachstelle enthalten sind. Personelle Auswirkungen sind keine zu erwarten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 20. Juni 2007

Der Gemeinderat